

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 2 (1888)

14 (1.2.1888)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-189754](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-189754)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform, für Politik und Unterhaltung.

Redaktion und Expedition: F. Kühn, Bant.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die vierpaltige Zeile 10 Pf.,
bei Wiederholungen Rabatt.

Abonnement:
pränumerando frei ins Haus:
vierteljährlich . . . 1 Mt. 50 Pf.
für 2 Monate . . . 1 — —
für 1 Monat . . . — 50
eigl. Postbestellgeld.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf das „Norddeutsche Volksblatt“ zum Preise von 50 Pf. monatlich, 1 Mark für 2 Monate u. 1.50 Mt. vierteljährlich inkl. Bringerlohn. Durch die Post bezogen 1.50 vierteljährlich eogl. Postbestellgeld. Das „Nordde. Volksblatt“ ist in der Postzeitungsliste unter Nr. 40866 eingetragen und nehmen alle Briefträger Bestellungen entgegen. Für Bant, Wilhelmshaven und Umgegend nehmen Abonnements, sowie auch Inserate entgegen sämtliche Austräger, sowie die unterzeichnete Expedition. Zu recht zahlreichem Abonnement ladet ein
Die Expedition des „Nordde. Volksbl.“
F. Kühn, Bant-Wilhelmshaven.

Tagesbericht.

Bant, 31. Januar.

Dieselben konservativen Kreise, welchen jede Unterdrückung der Pressefreiheit und des Versammlungsrechtes willkommen ist, haben kein Bedenken, Gesetze und obrigkeitliche Anordnungen, selbst wenn sie von höchster Stelle ausgehen, mit den größten Schmähworten zu belügen. Schon vor 30 Jahren wählten sich die Junker in der preussischen sogenannten Landrathsammer gegen Angriffe der Liberalen, indem sie ihrerseits auf „die modernen Raubritter hinter den hohen Schornsteinen“ hinwiesen. Die Fabrikanten waren damals liberal und fortschrittlich. Die großen Grundbesitzer in den Provinzen, die heute noch die Polizeigewalt auf ihren Gütern und Herrschaften ausüben, und die sich mit Händen und Füßen sträuben würden, wenn man die ländlichen Arbeiter von den Fesseln der Grundbesitzer von 1811 lösen wollte, und die sorgsam bemüht sind, ihre Arbeiter und Dienstleute von jedem Einfluß der politischen und sozialen Bewegung fern zu halten, sie sehen es ganz gern, wenn die Presse sich gegen das mobile Kapital richtet, und sie schämen diese selbst, wie man aus ihren eigenen Reden und aus der ganzen hochkonservativen und agrarischen Presse erkennen kann. Agrarische und industrielle Schöpfung überhäufen sich gegenseitig mit Schmähungen, um im nächsten Augenblick wieder gemeinsam auf den Handel und die Börse loszugehen. Aus der Rede des sich selbst als Sozialist bezeichnenden Mitglieds der freiservativen Partei, Abg. Gehler, in der Mittwochssitzung des Reichstages haben wir folgende Worte vor: „Im Mittelalter wurden diejenigen, welche den Reisenden etwas abknöpften, an den ersten Baum aufgehängt; das Einzige, was unteren vom Staate geschützten Raubrittern passieren kann, ist, daß sie zu Kommerzienräthen ernannt werden.“ Der Reichstagsbericht bemerkt hierzu: „Große Heiterkeit“ in der Reichstagsversammlung. Man denke sich, daß irgend eine solche Bemerkung in einer Arbeiterversammlung fiel! In Reichstagsrednerei ist nur auf „Große Heiterkeit!“ Es schien gar kein Gefühl dafür vorhanden zu sein, welcher Art die ererbene Beschuldigung sei. Tiefe Entrüstung herrscht in konservativen Kreisen, wenn etwa von Hebel oder Willenberg auch nur die untergeordneten Organe des Staates in irgend einer Weise beschuldigt werden, und wen treffen die Worte in der „geistreichen“ Bemerkung des freiservativen Abgeordneten?

Derselbe fuhr in seiner Rede in folgender Weise fort: „Der Grundbau: mundus vult decipi, ergo decipiat (die Welt will betrogen sein, also werde sie betrogen) gilt gewissermaßen als ein Bestandteil der göttlichen Ordnung, und alles dieses vollzieht sich unter dem Schutze des Staates. Wie befindet sich dieser Pflichtverstoß des Staates gegenüber das Gewerbe? Der Verlust an nationalem Vermögen, an Arbeitskraft ist bei dieser unsoliden Produktion Jahr aus Jahr ein ein ganz immenser. Mit dem nutzlos verschleuderten Kapital hätten wir die reichlichsten Mittel, um unsere Armen im Alter zu versorgen. Durch die freie Konkurrenz wird unseren armen Kindern die Seligkeit der Jugend geraubt, die Lebenskraft des Mannes geknickt, die Frauen und kleinsten Mädchen einem frühen Grabe zugetrieben. Die durchschnittliche Lebensdauer der arbeitenden Klassen wird auf ein Minimum herabgedrückt und damit die Kraft der Nation geschwächt. Damit wird unsere schreckliche, diegerühmte Zivilisation als Lüge gestempelt. Liegt diese freie Konkurrenz etwa im Interesse der Konsumenten, der Produzenten oder der Lohnarbeiter? Nein, lediglich im Interesse des mobilen Geldkapitals! Der Handel dieses Kapitals zieht seinen Gewinn nicht aus dem Kapwert, sondern aus dem Laufwerth. Das enorme Quantum von überflüssigen Tonfabriken ist der Dampf, durch welchen das kosmopolitische Geldkapital das Blut

aus den Adern der produktiven Arbeit saugt. Der Mensch ist mit seinem Fühlen und Denken der willenlose Sklave des schönen Geldes geworden. Diese freie Konkurrenz muß gebrochen werden.“

Und womit will der freiservative Staatssozialist mit dieser Brandrede hinaus? Eina auf Arbeiterschutzmäßigkeiten, Beseitigung der Kinderarbeit, Einschränkung der übermäßigen Ausnützung der Arbeitskraft durch Festsetzung eines Maximal-Arbeitstages, Verbot oder Einschränkung der Sonntagsarbeit, internationale Fabrikgesetzgebung? Ach, nichts von alledem. Herr Gehler will nur, daß auf jeder Waare der Name des Produzenten angegeben sei. Das ist das Mäuschen, was der Phrasenredner gebiert. Dieser selbe Herr Gehler, welcher in dieser Weise auf die „Raubritter“ des mobilen Geldkapitals loszieht, stimmte für die Erhöhung der Kornzölle; und er, der solche Brandreden hält, tritt für jede Verlängerung und Verschärfung des Sozialistengesetzes ein.

Herr Eugen Richter ist bekannt dafür, daß er jeder Distanzierung mit Sozialdemokraten ängstlich aus dem Wege geht, desto perfidier ist er in seinen verdeckten Ausfällen aus dem Hinterhalt. Dazu gehört Herr Richter zu den verbohrtesten und engherzigsten Reichstagsleuten. Er und sein spezieller Anhang geben nun nicht bloß deshalb den Sozialisten hinreichende Angriffspunkte, sondern, indem sie ihren Manchestersandpunkt noch mit dem Schein der Volkfreundlichkeit umgeben wollen, Anlaß, ihre zahlreichen Widersprüche aufzudecken. Selbstverständlich benützen nun auch reaktionäre Blätter derartige Äußerungen gegen Herrn Richter und dessen Anhang, und weil dieses geschieht, weil die „Nordd. Allg.“ einige Aeußerungen eines sozialistischen Blattes abdruckt, deshalb werden nun die Sozialdemokraten beschuldigt, die Reaktion zu unterstützen. Es wird nicht etwa der Versuch gemacht, die Ausführungen jenes Blattes, des „Berl. Volksbl.“ zu widerlegen — das widerstreitet der Richter'schen Taktik —, sondern man stellt sich einfach auf den Standpunkt: wer an Herrn Richter was auszusprechen hat, bezieht die Reaktion. Denn das kann doch nur der Sinn folgender, ohne jede weitere Begründung, von dem Richter'schen Organ gebrachten Notiz sein:

„Wie sehr die Sozialdemokraten der Reaktion und den Konservativen gegenüber in die Hände arbeiten, beweist der Umstand, daß fast täglich Artikel des sozialistischen „Berliner Volksblattes“ von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ beifällig abgedruckt werden, weil sie in bestiger Weise gegen die freisinnige Partei polemisieren. Wenn die freisinnige Partei in der Regierung und für die gegenwärtigen Zustände verantwortlich wäre, so könnte die Sozialistenpartei die Freisinnigen nicht bestiger bekämpfen, als es gegenwärtig der Fall ist.“

Ach so! Wenn Herr Eugen Richter in der Regierung wäre, dann würde alles besser sein, so aber ist er und sein Anhang für die gegenwärtigen Zustände in keiner Weise verantwortlich! Nun, wenn Herr Eugen Richter und die Deutsch-Freisinnigen auch nicht in der Regierung sind, so tragen sie doch die Verantwortung für alles das, was durch sie geschehen und was durch sie gehindert ist. Wir erinnern an die Tage der „goldenen 110“; wie blähten sie sich damals auf, als wenn ihnen die Zukunft gehörte! Die Lüste nicht verschert werden durch demokratisches Auftreten; es galt sich als „regierungsfähig“ zu bewähren, sich als „Er. Majestät allergetreueste Opposition“ hinzustellen, die wohl hie und da an der Oberfläche übergelt und sanfte Wellen schlägt, aber jegliche Bereit ist, auf den Wunsch Sr. Majestät die Mannhaftigkeit verschwand, wo sie hätte wirken können. Der einzige Zeitpunkt, wo das Sozialistengesetz hätte beseitigt werden können, 1884, da ist es mit Hilfe der Deutsch-Freisinnigen aufs neue angenommen worden. Wir wollen aber hieron noch ganz absehen; und einmal das Schuldregister der Deutsch-Freisinnigen in der sozialpolitischen Gesetzgebung betrachten. An der Verschlimmerung des Reichs-Unfallversicherungsgesetzes zu Ungunsten der Arbeiter trägt die deutsch-freisinnige Partei die Schuld. In ihrer ersten Vorlage hatte die Regierung selbst einen Arbeiter-Ausschuß beigesteuert. Hätte sie einen Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung bedeutet, gefordert, wäre es ihr mit demselben überhaupt Ernst gewesen, so hätten auch manche Verbesserungen eingeführt werden können, die damals nicht auf unüberwindlichen Widerstand der Regierung gestoßen wären. Es war die Zeit, wo die Regierung noch nicht so ganz

in dem Fahrwasser der Interessen der Großgrundbesitzer und Großindustriellen sich befanden und deren Ansprüche noch nicht so hochgeschwollen waren, wie heute, wo die Regierung sich noch unter dem Banner des Patrimoniums der Enterbten Unterstützung suchte, wo sie noch nicht so gegenständig korporativer Vertretung der Arbeiter gegenüberstand. Es galt das Eisen schmieden, so lange es noch in der Muth war. Was thaten aber die Deutsch-Freisinnigen? Ihnen lag vor allem ihr Manchestersandpunkt am Herzen, das Interesse der Privat-Versicherungsgesellschaften. Ihre Taktik war es, da gegen das Gesetz in dem einen Punkte partikularistische, in dem anderen Interessen der Großindustriellen, in noch anderen wieder andere Bestrebungen sich kundgaben, durch ihre ausschlaggebenden Stimmen die Vorlage scheitern zu machen. Das war nun eine sehr geschickte Taktik; schrittweise das Gesetz, so waren ja auch die Privat-Versicherungsgesellschaften gerettet! Das war der Erfolg der Freitagspolitik. Was war aber der weitere Erfolg? Das Gesetz kam in verschlimmelter Weise zur Geltung; der Arbeiter-Ausschuß war beseitigt, dagegen in den Berufsvereinigungen der Unternehmern ein fester Verband gegeben, der ihnen auch zu anderen Zwecken dienlich und die Privat-Versicherungsgesellschaften, um deren willen man die erste Vorlage hatte zum Falle bringen helfen, waren dennoch verloren. Gerade Herr Eugen Richter ist es, der sich zum Gegner jeder sozialen Reform machte, wenn sie irgendwie der Privat speculation sich in den Weg stellt.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 24. Januar. Es findet zunächst die erste Beratung des Geheimgewerks, betreffend den Erlaß für Witwen- und Waisen-geldbeiträge von Angehörigen der Reichs-Civil-Verwaltung, des Reichs-Heeres und der Kaiserl. Marine statt. Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt, und zwar beim Etat für die Verwaltung des Reichs-Heeres.

Eine Mehrforderung von 5040 Mk. für 7 Hauptleute als Vorstände von neu zu errichtenden Zentral-Regierungsbüros bei den Landwehr-Regimentkommandos, wird der Kommission überwiehen.

Bei dem Kapitel „Naturalverpflegung“ spricht Abg. von Buel-Verenberg Wünsche in Bezug auf anderweitige Erhaltung der Verpflegung, Bevorzugung der Quartierverpflegung gegenüber der Wagazienverpflegung, aus.

Generalmajor von Blume erwidert, der Wunsch, die Quartierverpflegung an Stelle der Wagazien-(Marsch-)Verpflegung zu setzen, sei in Deutschland durchaus nicht so verbreitet, als etwa vielleicht in Baden, der Heimath des Vorredners. Wollte man die Quartierverpflegung so allgemein ausdehnen, so würde das auch eine bedeutendere Erhöhung des entsprechenden Etats herbeiführen, als Vorredner wohl annehme.

Das Kapitel Naturalverpflegung wird genehmigt, ebenso ohne weitere Debatte der Rest des Ordinariums. Bei den einmaligen Ausgaben, Titel „Neubau von Magazindebäuden“, bemängelt

Abg. Richter die weitere Ausdehnung der Staats-industrie, indem die Militärverwaltung dazu übergehe, eigene Mühlen zum Vermahlen von Getreide in Berlin zu errichten. Berlin habe eine Mühlenindustrie von Welt-ruf. Es sei eine irrige Behauptung der Militärverwaltung, daß letztere billiger zu mahlen im Stande sei, als die Privatindustrie. Habe die Militärverwaltung hierin Recht, dann haben sicher auch die Sozialdemokraten Recht, wenn sie verlangen, „verstaatlicht nur alle Industrie, denn der Staat arbeitet billiger“. Er beantrage daher Zurückweisung des vorliegenden Titels in die Kommission.

Generalmajor von Blume erwidert, es sei trotz alledem eine Thatsache, daß die Militärverwaltung mit ihren bestehenden eigenen Mühlen sich das Mehl schon jetzt billiger herzustellen vermöge, als sie das Mehl in Berlin geliefert erhalte. Wie der Kommission auch schon in der Kommission näher dargelegt habe, könne die Militärverwaltung durchaus nicht auf das jetzige System verzichten, ihr Getreide selbst zu mahlen, im Interesse der Qualität; denn die Verwaltung müsse unter allen Umständen beste Qualität haben. Beim Einkauf von Mehl aus Privatmühlen habe die Verwaltung für diese Qualität keine genügende Garantie.

Abg. Richter: Diese Ansichten müssen schließlich dahin führen, daß man überall, wo eine Garnisonbehörde besteht, auch eine Garnisonmühle errichtet. So entstehen Konsequenzen, die sich nicht übersehen lassen. Der finan-

zielle Effekt wird jetzt auf 50 000 Mt. berechnet. Diese Ersparnis gegenüber der Gesamtsumme des Militäretats kann nicht verlorren, von meinem Grundsatze abgeben. Man will eben in großen Städten an dem Prinzip festhalten, selbst zu kaufen, in das eigene Magazin, in die eigene Mühle zu führen und daraus zum Verbrauch zu bringen. Die Militärverwaltung steht in Bezug auf die Naturalverpflegung noch auf dem Standpunkte des Königs Joseph in Egypten. (Große Heiterkeit.) Dann ist die Militärverwaltung ebenso wohl in der Lage, das Mehl von Privatlieferanten für den Kriegsbedarf anzuschreiben. Es handelt sich hier um ein Prinzip, dessen Konsequenzen der gesamten Mühlenindustrie im Lande gegenüber gezogen werden können. Denn Alles, was gegen die Mühlen angeführt worden ist, trifft, wenn es überhaupt berechtigt ist, die kleinen Mühlen in den Provinzen mindestens dreifach so, wie die großen in Berlin.

Abg. Graf Vehr tritt für den Betrieb eigener Mühlen seitens des Staates ein als Gegengewicht gegen die großen Privatmühlen, welche sonst dem Militärstaats den Preis bittieren.

Abg. Schrader (Dfr.) sieht in diesen Bemerkungen eine Verfeinerung der vorliegenden Streitfrage. Nicht um ein Herabdrücken des Preises handle es sich hier, sondern darum, daß die Militärverwaltung Alles allein machen wolle. Daß die großen Mühlen nicht darauf eingehen wollen, lediglich im Lohn zu mahlen, sei nur natürlich. Es sei aber auch nicht abzusehen, weshalb man nicht von den großen Mühlen das Mehl direkt kaufen wolle.

Der Antrag Richter, die Position in der Kommission zurückzuziehen, wird gegen die Freistimmigen abgelehnt, die Position genehmigt.

Bei der Position „Bau einer Kaserne für ein Garde-Infanterieregiment in Berlin (Entwurfsbearbeitung 15 000 Mt.)“ bemerkt

Abg. Windthorst, daß militärische Gründe für die Verlegung eines Regiments der Infanterie-Regimenter aus Spandau oder Koblenz nicht angeführt seien und bittet, diese Ausgaben auf bessere Zeiten zu verschieben.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff erwidert, daß er sich über die Motive in der Kommission weitläufig ausgesprochen habe und die Debatte im Plenum nicht wiederholen möchte. Auf dem Gebiete der militärischen Ausbildung liegen die Gründe nicht.

Die Position wird bewilligt.

Die Positionen „Herstellung einer angemessenen Kapelle für den Gesamtsaal des Generalkommandos-Dienstgebäudes in Stettin 57 900 Mt.“ und „Neubau eines Kasernenbaus in Stolp 207 000 Mk.“ werden genehmigt; ebenso die Summe von 198 000 Mt. für einen Exerzierplatz in Schwednitz. Hiernach verläßt sich das Haus.

Schluß 4^{1/2} Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. 21. Sitzung vom 25. Januar. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge Dike, Haberland und Rechner (Zentrum) einer, und Adermann und Genossen (sonstige) andererseits auf Veränderung der Gewerbeordnung (Befähigungsnachweis für Handwerker).

Abg. Dike (Zentrum) glaubt, daß die Freunde des Befähigungsnachweises sich häufig vermehrt haben. Zweck des Befähigungsnachweises sei die Hervorbringung des Handwerkerstandes in technischer Tüchtigkeit und Hebung der Stellung der Meister. Durch den Befähigungsnachweis die Konkurrenz nicht etwas eingeschränkt werde, wie vielfach befürchtet werde, werde schon die Konkurrenz sorgen. Viel eher sei zu befürchten, daß durch die Freizügigkeit der Befähigungsnachweis unwillkürlich gemacht werde. Der Saug des Publikums einer- und der Handwerksmeister gegen unbillige Konkurrenz, sowie der persönlichen Tüchtigkeit gegen das Kapital andererseits sei eine berechtigte Forderung. Er und seine Freunde seien keine Gegner der Arbeitsteilung, der Maschinen oder des Handels, aber sie wollten auch nicht, daß der Handwerksmeister zum Sklaven der Maschinen werde. Eine Vorberatung des Antrages in der Kommission halte er für überflüssig.

Abg. Adermann, für seinen, von dem Dike'schen nur wenig abweichenden Antrag, verweist auf die Vorberatung, die demselben schon in einer früheren Session in der Kommission zu Teil geworden sei, und will sich daher ebenfalls nur auf einige wenige Bemerkungen beschränken. Von den vorjährigen Kommissionsbeschlüssen weiche sein Antrag im Wesentlichen nur darin ab, daß Annahmen nicht befaßt sein sollen, eine nochmalige Meisterprüfung von demjenigen zu verlangen, der den Befähigungsnachweis schon einmal erbracht habe. Der Gehaltswort wolle einem anerkannten öffentlichen Bedürfnisse abhelfen, dem Zwischenhandel steuern, das Handwerk festigen, den Einfluß des Meisters auf die Lehrlinge heben. Ein solcher geistlicher Handwerkerstand werde auch ein gutes Bollwerk gegen die Sozialdemokratie sein. Mittelalterliche Hantel mit ihren Mißbräuchen wolle auch er nicht zurückrufen.

Abg. Cegielski (Pole) erklärt, daß die Polen sowohl aus sozialen als aus wirtschaftlichen Gründen der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises würden bestimmen können. Gleichwohl aber könnten sie die vorliegenden Anträge in der ihnen gegebenen Fassung nicht annehmen. Und zwar wegen der Befugnisse, welche in beiden Anträgen den Staatskommissionären bei den Prüfungen gegeben seien. Wegenüber den Staatskommissionären würden die Handwerksmeister einen Einfluß überhaupt nicht geltend machen können. Einer unparteiischen Regierung

freilich würden seine Freunde solche Vollmachten gewähren können, einer parteiischen oder könnten sie das nicht.

Abg. Goldschmidt (Dfr.): Meine Herren, was den ersten Ihrer Gründe, die erhebliche Bedeutung des Nachweises anlangt, ja — so scheiden Sie doch gerade das frische Blut aus der Meisterhaft aus, indem Sie die Prüfung der zu Prüfenden in die Hände von Leuten legen, die selbst Konkurrenten der zu Prüfenden sind. Wie in dieser Beziehung ein solches Verfehl wirkt, das sehen Sie in Oesterreich, wo sich gegen den Befähigungsnachweis bereits gradezu ein Sturm erhoben hat. Wenn Sie dem Handwerker nur Gelegenheit geben, sich auszubilden, dann thun Sie für den Handwerkerstand mehr, als mit all Ihren Besprechungen. Schaffen Sie solche Gelegenheiten, schaffen Sie neue Bildungsanstalten, dazu mit Ihnen zusammenzuwirken, wird wir stets bereit sein. Wenn Sie sagen, Ihr Nachweise werde die sozialdemokratische Bewegung eindämmen, ja darüber sollten Sie doch schon anders belehrt sein durch die Reden, welche die Herren Nebel und Grillenberg hier schon wiederholt über diesen Gegenstand gehalten haben. Darin freilich kann ich den Herren Nebel und Grillenberg ebenso wenig wie Ihnen beistimmen, daß das Handwerk jetzt aufgehoben werde durch die Großindustrie. Das ist weder jetzt der Fall, noch wird das der Fall sein, wenn Sie nur dem Handwerk freie Bewegung lassen. Aber statt dessen wollen gerade Sie der Großindustrie die freie Bewegung lassen. Sie sagen, das Handwerk liege darnieder. Ja wollen Sie das etwa sogar auch von dem Baugewerbe behaupten? Ich dachte doch, kaum ein anderes Handwerk hat solch einen Aufschwung genommen, wie gerade das Baugewerbe. Freilich — bei dem Baugewerbe machen Sie ja andere Gründe für den Befähigungsnachweis geltend. Aber glauben Sie doch nicht, daß der Befähigungsnachweis gegen Unfälle schützt. Eine Reihe von Unfällen im Baugewerbe (Redner führt dieselben einzeln an) sind nachweislich erfolgt bei Bauten, welche von geprüften Baumeistern gebaut wurden. Die Gewissenlosigkeit in der Anwendung schlechten Materials, eine gewissenlosigkeit aus Sparjamkeit, ist es hauptsächlich, welche die Unfälle bei Bauten herbeiführt hat, nicht aber die mangelnde Befähigung der Bauunternehmer. Aber auch bei anderen Gewerben, meine Herren, ist ein Rückgang in der Ausbildung feinerwegs eingetreten. Kleider und Schuhwaren, welche noch vor zehn Jahren von vornehmen Damen aus Paris bezogen wurden, werden jetzt hier verfertigt. Sie thun im Uebrigen unheimlich ehrsamen und betriebames Handwerkerstande wirklich keinen Gefallen, wenn Sie ihm jetzt hier an so bedeutender Stelle nachlagen, daß er in seiner Entwicklung zurückgeblieben sei.

Abg. Vohren (Reichspartei): Auch wir sind für den Befähigungsnachweis, wollen aber die Zulassung zur Prüfung nur an eine 3jährige Lehrzeit im Handwerk oder einer verwandten Fabrik knüpfen. Auch wollen wir die Prüfung von einer Prüfungsbehörde, nicht von Konkurrenzmeistern abgeben lassen.

Abg. Meyer-Jena (nat-lib.) beginnt damit, Neues könne er über die vorliegenden Anträge nicht mehr gesagt werden, sei auch heute nicht gesagt worden. Neu sei nur die Art, wie heute hier ein Herr aus der Polenfraktion aufgetreten sei gegen den Antrag. Der Berechtigung der Regierung könnten sie vertrauen. Redner stehe in dieser Frage voll und ganz auf dem Standpunkte des Abg. Goldschmidt. Was speziell den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe anlangt, so will Redner, der die Unfälle gleich dem Abg. Goldschmidt weniger auf mangelnde Befähigung als auf mangelnde gewissenhaftigkeit zurückführt, zu dieser Frage eine entschiedene Stellung aber noch nicht einnehmen. In jedem Betracht müsse er dem freisinnigen Redner darin zustimmen, daß an einen günstigen Einfluß des Befähigungsnachweises in Bezug auf Eindämmung der sozialdemokratischen Bewegung nicht zu denken sei. Eher das Gegenteil werde eintreten. Begreifen könne er auch nicht, wie das Zentrum solche diskretionäre Vollmachten für die Regierung in Vorschlag bringen könne, wie die vorliegenden Anträge dies thäten. Fest überzeugt sei er, daß wenn wir — wie das jetzt in Oesterreich der Fall ist — den Befähigungsnachweis erst vier Jahr hätten, unsere Handwerker genau ebenso laut, wie das jetzt die österreichischen Arbeiter thun, rufen würden: Nehmt uns den Befähigungsnachweis wieder ab.

Abg. Grillenberg (Soz-Dem.): Die Kürze der heutigen Reden entspricht ganz dem Werte des Verhandlungsgegenstandes; es läßt sich auch absolut nichts Neues mehr vorbringen. Herr Adermann hat wieder in der ihm eigenen räuberischen Weise, die ihm so wohl ansteht, von einem Bollwerk gegen die Sozialdemokratie gesprochen. Herr Adermann muß eben Alles zum Besten dienen, und auch bei der Gewerbeordnung hat er nur ein Bollwerk gegen die böse Sozialdemokratie im Auge. Immer spricht man von einem Pfuschertum, aber Niemand hat erklärt, was darunter zu verstehen ist. Sie verstehen darunter nicht die, welche nicht gelernt haben, sondern die armen Teufel, deren Konkurrenz den großen Meistern unangenehm ist. Wenn Sie die Meister schützen wollen, so müssen Sie noch viel mehr die Lohnarbeiter vor der Heranziehung immer billigerer Kräfte schützen. Die Baugewerksmeister ziehen alljährlich im Frühjahr große Massen ungelerneter, billiger Kräfte heran, die den Gelehrten Konkurrenz machen. Die schlimmsten Folgen des Befähigungsnachweises würden sich in einigen Jahren zeigen. Für uns ist diese Frage allerdings nicht so wichtig, die Großindustrie macht doch

ihre Fortschritte. Die große Mehrzahl der sogenannten Freunde des Handwerks, der Justizheiligen, rekrutiert sich nicht aus den Handwerkerkreisen, sondern solchen Kreisen, die gar nicht wissen, was dem Handwerk noch thut. Die gelehrten Handwerker hier im Hause sind Gegner des Befähigungsnachweises. In Berlin sind nur wenige Anhänger dieser Bestrebungen zu finden, dagegen die meisten in gewissen schwarzen Ecken des Reichs. Von einer Kommissionsberatung sehen Sie ab; wenn nicht, so werde ich der Kommission vorschlagen, zu erwägen, ob nicht dem Befähigungsnachweise auch einwirkende Kraft beizulegen sei, damit diejenigen, welche den Befähigungsnachweis wünschen, ihn auch selbst erst ablegen (Heiterkeit); dann würden von diesen Leuten sehr viele Entluste zu Bauslüssen werden. Unser Standpunkt läßt sich in die Worte zusammenfassen: Man kann eine Leiche wohl durch elektrische Experimente zum Leben bringen, aber nicht lebendig machen.

Abg. Gehlert (freisinnl.) spricht sich in schwer verständlichen Ausführungen für das Prinzip des Befähigungsnachweises aus und, da sich die Handwerke nicht so genau von einander abgrenzen ließen, auch besonders für diskretionäre Vollmachten für die Behörden. Es sei notwendig, das Handwerk so zu organisieren, daß der Produzent unmittelbar für den Konsumenten, nicht für den Zwischenhändler arbeite. Das würde das Handwerk wieder zu Ehren bringen, da der Produzent dann, um den Kunden nicht zu verlieren, nur gute Waare herstellen würde. Der jetzige Zustand repräsentiere das moderne Raubrittertum. Das Einzige, was den modernen Raubrittern zufließen könne, sei, daß der Staat sie zu Kommerzienräthen mache. (Heiterkeit.) Der Staat sei heute dem Gewerbe gegenüber Misstrauensvoll. Das geheute wird können im Handwerk den Raubrittern nicht entgegen, davon sei das mobile Geldkapital, der Vampyr der Jetztzeit, der Raubherrenperiode, allein schuld. Ein Antrag auf Disziplinschluß wird angenommen.

Nach einem Schlusssatz des Abg. v. Kleffschow schließt die erste Sitzung. Ein Antrag auf Verweisung der Anträge an eine Kommission liegt nicht vor.

22. Sitzung vom 26. Januar. Zur Beratung steht die zweite Lesung des Gesetzes, betr. den Erloß der Reittrennbeiträge. Dasselbe wird ohne wesentliche Debatte angenommen.

Dann wird die Etatsberatung fortgesetzt bei den Titeln Militärerziehungsanstalten des Extraordinariums in Verbindung mit den neulich zurückerhaltenen Titeln Kadettenanstalten des Ordinariums. Es sind eingeklärt Forderungen für Erweiterung der Hauptkadettenanstalt Lichterfeld, Umkauf der Potsdamer Anstalt und Neubau einer Kadettenanstalt zu Karlsruhe.

Die Kommission beantragt Bewilligung derselben.

Abg. Benda (nat-lib.): Man sollte die Frage der Neubegründung einer Anstalt zu Karlsruhe etwas ruhiger behandeln als im vorigen Jahr. Unter den großen Mehrforderungen für militärische Zwecke, die an uns herangetragen sind, nimmt diese Forderung nur einen bescheidenen Platz ein. Gerade mit Rücksicht auf die Situation werden wir wohl auch, wie andere Parteien, der Forderung zustimmen.

Abg. Richter (Dfr.) Ich habe bis jetzt noch nicht gehört, daß in Süddeutschland ein Bedürfnis zur Begründung einer solchen Anstalt vorhanden sei. Vielleicht ist auch der Grund ganz wo anders zu suchen. Das große Bedenken ist zu Konstanz ist bekanntlich verkräft und da hat ein spekulativer Kopf deshalb diese Gebäude dem Staat zum Ankauf für eine Kadettenanstalt angeboten. Dieses Angebot ließ in Karlsruhe Gedanken aufkommen, daß es doch besser wäre, wenn Karlsruhe diese Anstalt belände. Wir hören nun aber, daß der Antrag zum Offiziersposten stärker sei, denn früher. Auch hat der Minister zugegeben, daß die Managements geringer seien. Dauert aber dieser Antrag fort, so werden auch die noch vorhandenen Lücken bald schwinden, noch ehe die Kadettenanstalt Karlsruhe fertig ist, die so große Opfer erfordert. Das Verlangen, besonders Eöhne von Offizieren wieder in die Offiziersstellen zu bekommen, hat große Schattenseiten. Durch die Abgeschlossenheit vom bürgerlichen Denken wird eine erhöhte Einseitigkeit gefördert, die sich von der Kadettenanstalt auf das ganze Militär erstreckt. Das paßt nicht für ein Herr, das wie das unsrige ein Volksherr ist. Auch die, welche in der Kommission für die Forderung eingetreten sind, sollten sich das überlegen, nach dem was heute erklärt ist, daß die Beibringvorlage 280 Millionen kosten wird. Man sagt, bei den vielen Millionen, die schon bewilligt sind, kommen ja die paar weiteren Millionen gar nicht in Betracht. Das Umgekehrte ist richtig. Gerade deshalb müssen wir bei jeder Forderung fragen, ob sie absolut notwendig ist. Wie man sagte: das Spielmann ist der Friede, so heißt es jetzt: die Bewilligung der Forderungen für die Kadetten ist der Friede. Ich kann ein Bedürfnis nicht anerkennen, das seit 10 Jahren jetzt erst bemerkt wird.

Abg. Kropatschek (sonst.): Es läßt sich nicht bestreiten, daß ein Bedürfnis zur Vermehrung der Zahl der Kadetten besteht, um die Lücken des Offizierskorps auszufüllen. Auch die Neuerungen des Herrn Richter von einer einseitigen Ausbildung der Kadetten ist unbegründet. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß die körperliche Ausbildung der jungen Leute in den Kadettenanstalten besser ist denn anderwärts. Daß die Freisinnigen die Notwendigkeit der militärischen Tradition in den Familien nicht anerkennen wollen, legt mich in Erstaunen. Nicht durch die Hantel sowohl als durch die Uebertreibung der Kunst vom Vater auf den Sohn

find Gewerbe im Mittelalter zur Blüte gebracht. Wenn auch das Zentrum sich gegen die Rabattenanstalten erklärt, so weise ich darauf hin, daß solches Verhalten mit der Forderung nach Priesterseminarien im Widerspruch steht.

Abg. Windthorst: Prinzipiell sind wir nicht gegen Rabattenanstalten. Aber es ist doch nicht nötig, daß alle Offiziere aus Rabattenanstalten hervorgehen. Es ist doch Thatsache, daß selbst viele Offiziere ihre Söhne auf Gymnasien schicken. Daß die Rabattenanstalten nur eine reale Bildung geben, macht uns doppelt bedenklich. Angesichts der großen Ausgaben, die bereits gemacht und noch zu machen sind, können wir nur das unbedingt Notwendige bewilligen, und dazu gehört eine Rabattenanstalt in Karlsruhe nicht. Wir können die Frage ja nochmals in Erwägung ziehen, wenn wir mehr Geld haben. Im Augenblicke aber, wo eine neue Ausgabe von 280 Millionen bevorsteht, würde man es im Lande schwerlich verstehen, wenn wir hier Forderungen bewilligen wollten, deren unbedingte Notwendigkeit nicht nachgewiesen ist.

Kriegsminister v. Bronsart: Wir wollen nur die Zahl der im Rabattenhaus ausgebildeten Offiziere festhalten, die wir bereits 1872 hatten. Die Frage, ob humanitäre oder reale Bildung, besser für Offiziere ist, will ich nicht berühren. Jedenfalls kann der bisherige Lehrplan nicht umgewandelt werden, bevor diese Frage entschieden ist. Jetzt geht die Hälfte der Offiziere aus sogenannten Preisen hervor. Diesem Uebelstand soll gesteuert werden. Ueber das Entstehen der Forderung hat Herr Richter ganz seltsame, unbegründete Angaben gemacht. Die Gründe für dieselben sind in Wahrheit streng sachlicher Natur. Auch bei der Entscheidung zwischen Konstanz und Karlsruhe sind nur sachliche Erwägungen maßgebend gewesen. Die Rabattenhäuser bleiben hinter ihrem Realgymnasium in ihren Leistungen zurück. Auch die Besorgnis ist unbegründet, daß in den Rabattenhäusern der Raffengeist genährt wird. Die Managements in den Offizierskursen machen die Vermehrung dieser Anstalten notwendig. Für uns ist dabei von Vorteil, daß wir die Rabatten ohne Rücksicht auf ihre besonderen Wünsche dahin schicken können, wo ein Bedürfnis vorhanden ist. Die Zöglinge von Rabattenanstalten sind nicht nur Söhne der Offiziere. Die Forderung beruht auf reiflicher Ueberlegung und berührt ein Lebenselement der Armer, ich bitte daher dieselbe zu bewilligen.

Abg. Fieser (nat.-lib.): Der Schritt, der von Konstanz gethan ist, ist durchaus berechtigt. Die angebotenen Baulichkeiten wären für eine Rabattenanstalt durchaus geeignet gewesen. Wir bitten aber auch so die Forderung zu bewilligen, die nützlich und notwendig ist.

Die Debatte wird geschlossen und förmliche Grotentitel, auf welche sich die Forderung erstreckt, angenommen. Das Centrum stimmt nur gegen die Forderung für Karlsruhe.

Bei der Forderung von 21 Millionen für Eisenbahnbauten für Zwecke der Landesverteidigung (Erweiterung der Brücken bei Warburg und Dirschau) bemerkt Abg. Schröder: Meine Partei hat sich schon im Vorjahre gegen Zulassung dieser Art leitens des Reichs erklärt. Damals blieben unsere Einwendungen ohne Erfolg. Aber nachdem im Vorjahre für süddeutsche Bahnen Forderungen eingestellt sind, kommt jetzt auch Preußen zu Forderungen von Zulässigen. Wir sind auch gegen diese Forderung und bitten das Haus, uns beizutreten, um so mehr, als diesem zweiten Präjudiz bald weitere folgen werden.

Die Forderung wird bewilligt. Bei der Forderung für Verlegung des Kavallerie-Regiments von Wülshausen und Langensalza nach Hanau erklären sich die Abg. Windthorst und Noebe gegen diese nicht genügend motivirte Forderung.

Oberst Schultz hebt hervor, daß der Erzgerzog in den jetzigen Garnisonen ungenügend sei. Schon 1880 hat sich die Militärverwaltung genöthigt gesehen, die Grundzüge und Vorschriften für Erzgerzogliche Kavallerie zu ändern. Diesen Vorschriften entsprechen die Erzgerzogliche in Wülshausen und Langensalza nicht mehr. Die Abstimmung über diese Forderung bleibt zweifelhaft. Bei der Abstimmung ergibt sich, daß 68 mit Ja und 60 mit Nein gestimmt haben. Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Die erste Berathung des neuen Sozialistengesetzes begann im Reichstage am Freitag, kam indes nicht über die Reden der Abg. Singer, Minister v. Puttkamer und Abg. Reichensperger hinaus. Abg. Singer sprach über eine Stunde, Minister v. Puttkamer antwortete in einer mehr als zweistündigen Rede. Das Interesse der Debatte gipfelte nicht in Erörterungen über den besonderen Inhalt des neuen Sozialistengesetzes, sondern, in den Enthaltungen, welche der Abg. Singer über das Verhalten deutscher Geheimpolitizisten in der Schweiz machte. Abg. Singer war in der Lage, das Aetio eines Schweizerischen Polizeihauptmanns darüber beizubringen, daß zwei von dem Berliner Polizeipräsidenten besoldete Personen, Schröder in Zürich und Joup in Genf, sich eines „provokatorischen Treibens“ in der Schweiz schuldig gemacht, in lebhaftem Verkehr mit Anarchisten gestanden, Dynamit von Anarchisten entgegengenommen und bei sich aufbewahrt und „in Versammlungen und Wirtshäusern die Arbeiter aufgehetzt haben, und sie auf den Weg der Gewalt als das einzige Mittel zur Rettung verwiesen und zur Propaganda der That aufgefordert hätten.“ Ebenso wurde nachgewiesen, daß der Anarchist Kaufmann im Dienst der Berliner Polizei stand, und der vorgenannte Schröder zeitweilig

die Mittel hergegeben hat, um die Mosk'sche „Freiheit“ in Schaffhausen zu drucken. Schröder hat auch, wie der Drucker bezeugt, zu einem anarchistischen Komitee gehört, welches den Druck der „Freiheit“ geleitet hat; auch hat Schröder Streitigkeiten zwischen dem Redaktor und dem Drucker der „Freiheit“ vermittelt.

Man war überaus gespannt, was Minister von Puttkamer darauf erwidern werde; aber in der Hauptsache griff der Minister nur die Schweizerischen Behörden an, weil der vorgenannte Polizeihauptmann in Zürich deutschen Reichstagsabgeordneten amtliche Bescheinigungen über das Ergebnis amtlicher Untersuchungen erteilt hatte. Darüber werde der Reichsanwalt der Schweiz gegenüber Protest erheben. Damit gab mittelbar der Minister die Wahrheit dieser Bescheinigungen zu, wenigstens er ausübte, daß er die genannten Personen nicht kenne, und agents provocatores niemals bejodelt habe. So weit diejenigen Geheimpolitizisten, welche Bescheinigungen empfangen, sich provokatorischer Handlungen schuldig machen, handeln sie, das ist der Sinn dieser Erklärung, nicht im amtlichen Auftrag. Die Bescheinigungen des Ministers gegen die Sozialdemokratie denken sich mit den früher bei ähnlichen Gelegenheiten gehaltenen Reden und werden in dem näheren Reichstagsbericht ihre Stelle finden.

Nach dem Minister gelangte noch Herr Reichensperger zum Worte, welcher zunächst seine Stellung, die er bisher zu dem Gezeige eingenommen habe, rechserrigte, wobei er bemerkte, daß er im Jahre 1878 gegen die Einführung, später aber für die Verlängerung desselben gestimmt habe, weil er die Folgen einer plötzlichen Aufhebung nicht habe übernehmen wollen. Nach den heutigen Erklärungen des Ministers müsse er aber die Verlängerung und Verschärfung eines Gesetzes ablehnen, welches mit dem Natur- und Völkerrecht nicht vereinbar sei.

Die „Kreuz-Ztg.“ verucht den Nachweis zu liefern, daß die Ausrottung von Ideen keineswegs so unausführbar sei, wie von Gegnern des Sozialistengesetzes angenommen werde. Sie stellt die erfolgreiche Thätigkeit der Jesuiten bei der sogenannten Gegenreformation in Oesterreich und Süddeutschland, die Hugenotten und Camisardenkriege in Frankreich und die Verfolgungen der Abigener als Beispiele hin, um daran die Bemerkung zu schließen: „Aberdings hatten die, welchen in allen diesen Fällen die Aufgabe der Verführung zufiel, den Muth ihrer Meinung in einem Maße, wie ihn die Gegenwart nicht entfernt besitzt.“ Ohne diesen „Muth der Meinung“ ist nach der Ansicht der „Kreuz-Ztg.“ allerdings gegen Ideen nichts auszurichten. Leider, bemerkt hierzu die nationalliberale „Magd. Ztg.“, besitzt sie selbst den Muth ihrer Meinung nicht ganz, denn sie überläßt es ihren Lesern, aus jenen Beispielen zu folgern, daß auch gegenüber den Sozialdemokraten die Dragonaden und alle die anderen Grausamkeiten, welche vor und nach der Reformation die katholische Kirche gegen die „Keter“ in Anwendung brachte, zulässig seien. Das nationalliberale Blatt bemerkt weiter: Es ist weit gekommen mit dem Muth, welches sich für den allein berufenen Vertreter der Interessen der evangelischen Kirche und der strenggläubigen Geistlichkeit auszugeben nicht müde wird, wenn es sich auf jene, dem schredlichsten Glaubensfanatismus entsprechenden Ereignisse zu berufen wagt, um für einen dem deutschen Reichstage unterbreiteten Vorschlag zu werben!

Es ist allerdings weit gekommen, aber nicht bloß mit der „Kreuzzeitung“, sondern auch mit den liberalen, sich vorzugsweise „Ordnungspartei“ nennenden Kreisen, daß derartige heute überhaupt offen gesagt werden kann. Die „Kreuzzeitung“ hat hinter sich eine ganze mächtige Partei, nicht bloß die Konservativen, sondern auch, wenigstens in dieser Sache, den großen nationalliberalen Tröb. Hat nicht die „Magd. Ztg.“ selbst den Kartell begründet und unterstützt. Die „Kreuzzeitung“ spricht offen aus, was der Kartell bedeutet. Das verschleierte Sozialistengesetz wäre ohne die Kartellbrüderschaft von der Regierung gar nicht eingebracht worden. Die nationalliberale Partei, Herr von Bennigsen an der Spitze, trägt die moralische Verantwortlichkeit für die Getreidezölle, wie für die Verschärfung des Sozialistengesetzes, selbst wenn sie dagegen stimmt. Die Ausrottung von Ideen durch Feuer und Schwert zu rechtfertigen, konnte das offen-reaktionäre Organ nur wagen, weil die Reaktion von den Nationalliberalen selbst in die Höhe gebracht war.

Am Schlusse ihres Blattes verweist die „Kreuzztg.“ noch auf ein in den Vereinigten Staaten in Vorbereitung befindliches Gesetz, welches die Ausweisung notorischer Anarchisten zum Zwecke habe, ohne daß man von Widerstand dazwischen höre. Nicht einmal in unseren liberalen Blättern regt sich, soweit mir sehen, etwas Derartiges bis jetzt. Bennigsen die Amerikaner thun — gut: das sind Republikaner; reden wir nicht weiter davon. Weht aber die deutsche Reichsregierung in derselben Weise vor, dann ist es die fürchterliche Reaktion.“ So wird gemessen; so viel sind die Grundzüge werth, je nachdem sie haben oder finden zur Anwendung kommen. Wir wollen einmal sehen, ob die „Magd. Ztg.“, die sich mitunter durch ein etwas größeres Maß von Unbefangenheit bemerkbar macht, den Muth haben wird, in Amerika zu tabeln, was sie in Deutschland so entsehdlich findet.

Die „Frankf. Ztg.“ erwidert hierauf: „Unsere Unbefangenheit kann sich hier zunächst nur in Bedauern über die mangelhafte Kenntniß der „Kreuzztg.“ Landgebe. Die amerikanischen Gesetzesvorschläge haben auch nicht die entfernteste Ähnlichkeit mit dem deutschen Sozialisten-

vorlage, nirgends wird in ihnen auch nur die Möglichkeit zugelassen, sich amerikanischer Bürger durch Verbannung zu entledigen; sie richten sich lediglich gegen Fremde, die durch gerichtliches Urtheil wegen anarchischer Vergehen oder Verbrechen bestraft sind; diesen soll das Gastrecht verweigert werden, was anderswo, z. B. auch in Deutschland, die Polizei, ohne erst ein gerichtliches Urtheil abzuwarten, thun kann und auch fleißig genug ergreift. Wir würden es als einen Fortschritt begrüßen, wenn bei uns Ausländer amerikanisch behandelt würden, also erst auf Grund eines gegen sie ergangenen Urtheils der Gerichte abgehoben werden könnten. Die „Kreuzzeitung“ wird bestentlich unbesonnen genug sein, von dieser Belehrung Notiz für ihre Leser zu nehmen, damit diese von dem in ihnen hervorgerufenen Irrthum, Amerika suchte mit uns in reaktionärem Schnellschritt zu wetteifern, rechtzeitig befreit werden.“

In Berlin haben sämtliche Sattlergehäusen der Militär-Uniformfabriken von Dotti, Loh, Hoffmann und Wunderrich Kasch, die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streikenden beträgt an 1000 Mann. Der Streik wurde eröffnet, um die Lohnerhöhung durchzusetzen, die bereits im vorigen Sommer von der damaligen Lohnkommission verlangt wurde. Die Streikenden bitten dringend, den Zugang fernzuhalten.

Den Fuch der bösen That, beim Kulturkampfe der Reaktion Vorparandienste geleistet zu haben, muß jetzt der „Friesinn“ an seinem Leibe verspüren. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat in der „Geschichte der neuesten Zeit“ von Konstantin Balle, deutsch-freimüthigen Vertreter für Bremen, folgende niedliche Stelle entdekt: „Schon die Einführung der Bistümer einen Erdbiß für die vieler Orten mangelnde Thätigkeit katholischer Geistlicher, so schien es aber weiter auch nötig, den nicht anerkannten, ungeschickl ernannten oder vom Staate abgelehnten Bischöfen und Priestern wirksamer als bisher entgegenzutreten. Das mildeste dazu ausreichende Mittel war die Entsehung aus ihren Bistümen, bezw. Gemeinden, die Zentrierung an bestimmten Orten und schlimmsten Falls die Ausweisung aus dem Bundesgebiete. Die letztere wurde in dem Gezeige, welches der Bundesrath auf Antrag Preußens dem Reichstage vorlegte, in der Weise herbeigeführt, daß ein Geistlicher, welcher den ihm angewiesenen Aufenthaltsort verlasse, der Staatsangehörigkeit verlustig gehen sollte, wodurch die Landesregierung das Recht erhielt, ihn als einen Ausländer auszuweisen. Gemüth hatte Peter Reichensperger nicht ganz unrecht, wenn er meinte, diese Vorlage würde nach vor wenigen Jahren jeden edlen Liberalen zornroth gemacht haben, die Kartisabder Beschlüsse seien im Vergleich mit diesem Gezeige Zwergarbeit gewesen. Allein, man konnte ihm erwidern, daß es kein anderes Mittel gebe, die Staatsordnung aufrecht zu erhalten, und daß scharf geschnittene Wunden leichter heilen würden, als die mit stumpfen Instrumenten beigebrachten. Selbst aus dem Schooße der Fortschrittspartei wurde der Gesetzentwurf warm unterstützt und endlich am 25. April 1874 mit 214 gegen 108 Stimmen angenommen.“ Der Hohn der „Norddeutschen“ ist nur allzu berechtigt. Auch beim Bruch freihändler Grundzüge gilt das Wort: „Du singst mit einem heimlich an. — Bald kommen ihrer mehr dran!“

Frankreich. Am Montag wurde die bekannte Louise Michel das Opfer eines Attentats. Bei einer Versammlung in Havre feuerte ein Teilnehmer derselben, Namens Lucas, Kugelmächtig eines dortigen Fabrikanten, zwei Schüsse auf dieselbe ab; eine Kugel drang hinter dem Ohr in den Kopf. Trotz der schweren Verletzung ließ sie sich nach Paris zurückbringen. Die „Magd. Ztg.“ bringt eine Pariser Korrespondenz, in der es heißt: „Louise Michel ist die Heldin des Tages. Sie benahm sich in der That heldenmüthig, als sie mit einer Kugel im Kopf von Havre nach Paris transportirt, sich nach ihrer Ankunft nicht im Bett legen wollte, sondern aufblieb, und an ihre Freunde beruhigende Zeiten richtete.“

Aus Stadt und Land.

Sam. 29. Januar. Die öffentliche Versammlung am Sonnabend im Saale der „Centralhalle“, in welcher Herr Hug über die gegenwärtige politische Lage in Deutschland referirte, fand leider aus erklärlichen Gründen nicht den wünschenswerthen zahlreichen Besuch. Doch folgten die anwesenden Zuhörer mit um so größerem Interesse den Ausführungen des Redners, der die politischen Zeitfragen, soweit sie das öffentliche Interesse betreffen, einer eingehenden sachlichen Behandlung unterzog. Es müßte zu weit führen, wollten wir den Verlauf des Vortrages auch nur in gedrängter Kürze schildern. Einen ganz besonderen Werth legte der Redner auf die Klarlegung der sozialreformatorischen Bestrebungen der Reichsregierung, die er auf ihren wahren Werth ausdehnte. Die Mängel des Unlösungsvertragesgesetzes, die Werthlosigkeit der geplanten Alters- und Invalidenversicherung wurden von dem Redner in überzeugender Weise nachgewiesen. Die Verdrängung schließlich mit einem kurzen Entschlusse auf das Gebiet der Bundesgesetzgebung, bei dieser Gelegenheit die geplante Verschärfung und Verlängerung des Sozialistengesetzes gebührend brandmarkend. Wenn man in neun Jahren rigorosster Handhabung des Gesetzes nichts weiter erreicht habe als eine rapide Vermehrung der Sozialdemokratie, so werde man mit dem verschärfte Gesetz lediglich erreichen, daß auch die der Sozialdemokratie noch fernstehenden Arbeiter in deren Reihen getrieben werden.

Dem Redner wurde allseitiger Beifall zu Theil. Eine eingehende Resolution wurde nach einigen empfehlenden Worten des Berichtenden, Herrn Kuhn, angenommen. Derselbe spricht die Zustimmung der Versammlung zu den Ausführungen des Referenten aus und protestirt gegen die geplante Einführung des obligatorischen Arbeitbuches in Form des Umstellungsbuches zur Alters- und Invalidenversicherung.

Das Bureau der Verlesung wird beauftragt, diesen Beschluss in geeigneter Weise zur Kenntnis des Reichstages zu bringen. Herr Jung nahm noch Verlesung der Stellung des „ultra-liberalen“ Tagesblattes zum verächtlichsten Ausdrucksgegenstand gegen die Sozialdemokratie in fernliegenden und besten Verlegenheitsgebühren festzusetzen. Gegen 11 Uhr wurde die Verlesung geschlossen.

Jan. 29. Januar. Gedächtnis der von Herrn Jung in der gestrigen Verlesung erwähnten, auch aus dem glaubwürdigen Munde mitgetheilten Thatsache, daß der jetzige „ultra-liberal“ Tagesblattredakteur zum verächtlichsten Ausdrucksgegenstand gegen die Sozialdemokratie in fernliegenden und besten Verlegenheitsgebühren festzusetzen. Gegen 11 Uhr wurde die Verlesung geschlossen.

Wir wären da in der Lage, eine gute Proposition zu machen. Bei einem ultra-liberalen Blatt wird ein tüchtiger Redakteur bei gutem Gehalt gesucht, der natürlich keine liberalen Annahmen haben darf. Da derselbe auch die Aussicht hat, bei passender Gelegenheit einen Reichstagsbesuch zu bekommen, so bietet sich freilich ein gewisses Interesse an. Wie wäre es? Zur Zugabe; mit der Zeit kann man sich auch in diesem Genre „einarbeiten“. Die „Vorleser des Kladderadatsch“, die sich schon einmal über die „wissenschaftliche“ Seite des Herrn Dethlefsen äußern müßten, würden sicher ihre liebe Freude an einer solchen Wandlungsfähigkeit haben.

Jan. 29. Januar. Der Gesangsverein „Frohlinn“ wird am Freitag, den 3. Februar, sein diesjähriges Karnevalsfest in der „Körbe“ feiern. Am Samstagabend wird auch diesmal Beisitzendes gefeiert werden. So daß ein recht heiterer Abend in Aussicht steht, der jedem Freunde des Jammers reichlich Gelegenheit bietet, der dem Karnevalsfestung das Feld einzuräumen und dadurch sich der Alltagsorgen auf einige Stunden zu entziehen.

Jan. 29. Januar. Gemeinderatsbesitzung. In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung des Gemeinderats fand

zunächst die Einführung und Verpflichtung des Herrn Kaufmann A. Orstl statt. Nächstens folgte als zweiter Punkt der Tagesordnung die Wahl der Mitglieder zum Amtsrath. Als Amtsrathmitglieder wurden gewählt: die Herren Karl Schulz, G. Darme, Paul Dug, H. Rahn, H. Schwabe, K. Darme, H. Weising, A. König, S. Wenzel, H. Harte. Als Ersatzmitglieder die Herren Georg Schöten, Emil Köpfer, H. Weising, A. Orstl, Franz Schmitt, S. Weiners, Red. Dr. F. Schiefer, Th. Redmann und J. Wehen. Die Wahl der Betheiligten erfolgte mit großer Majorität. 3. Die Armen- und Gemeindefürsorge wird nach Erlebigung der Konten erledigt und dem Gemeindefürsorgeleiter einmündig Bescheid erteilt. 4. Dem Rechnungsführer wird eine Gehaltsberechnung von 100 Mk. bewilligt und dem Gemeindefürsorgeleiter einmündig Bescheid erteilt. 5. Die Kosten der Staatsreueerhebung durch den Amtseinknehmer sind veranlagt, daß der Gemeindefürsorgeleiter, von dem Gehalt in voriger Sitzung abgesehen und die Steuern nicht durch den Gemeindefürsorgeleiter zu bezahlen, mit dem eine Vereinbarung in der Weise getroffen werden soll, daß derselbe für seine Mühe und sonstigen Umstände bei der Erhebung eine Entschädigung von 100 Mk. erhält und dann für die Erhebung der Steuer nach Jever zu sorgen hat. 6. Die Errichtung einer Leihbibliothek von Seiten der Gemeinde war in früherer Zeit beschlossene worden und lag der Entwurf des Statuts dem Vorsteherlichen Ministerium seit anderthalb Jahren zur Genehmigung vor. Nachdem in dem Statut nicht genügend die Erklärung abgegeben worden, daß das Statut nicht genehmigt werden könne, wenn es sich nicht genau den gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Leihbibliothek anlehnt. Unter diesen Umständen erklärte der Gemeinderat, auf Errichtung einer Leihbibliothek zu verzichten zu wollen und annullirt den betreffenden Beschluß. 7. Zu Revisoren der Gemeindefürsorgekasse wurden die Herren Paul Jung und Robert Weigert bestimmt. 8. Die von Seiten der Anwesenheit mitgetheilten Bestimmungen betreffend die Annahme von Wasser aus der öffentlichen Wasserleitung zu gewerblichen Zwecken werden mit einigen Änderungen angenommen. Zimmerverhältnisse sollen mit Rücksicht bis zu 30 Mk. befristet werden. 9. Die Stelle eines Straßenwärters soll

ausgeschrieben werden, da der hiesige Inhaber derselben wegen Krankheit den Dienst aufgegeben hat. Es folgt alsdann die nächste Sitzung.

Jan. 29. Januar. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Gemeindefürsorgeleiter Herr Weigert die Wiederwahl zunächst definitiv angenommen und es somit dem in letzter Zeit zurückgetretenen müßigen Gerichte die Unterlage genommen. An der Beschlusnahme Seitens des Vorsteherlichen Ministeriums ist nicht zu zweifeln.

Wilhelmshaven, 29. Januar. Den hiesigen Interessenten theilen wir mit, daß der Galtweg und Schneider Wegens, hiesiger Redakteur des verbotenen „Hochwegs“, auf Grund des Sozialistengesetzes aus Hamburg und dem Verlegungsgebiet ausgewiesen werden ist.

Wilhelmshaven, 29. Jan. Der Malereigenverein „Flora“ veranstaltet am Freitag, 6. Februar seinen 40. jährigen Geburtstag in „Burg Oberbergern“. Die Festlichkeiten der „Flora“ erstrecken sich nicht allein auf den Festabend, sondern auch auf die Wochenhülle des Vereins durch vortheilhaftes Arrangement aus, was vornehmlich auch bei der bevorstehenden Festlichkeit der Fall sein wird.

Der Gesangsverein Harmonie wird sein Walfest am Freitag, 3. Februar, in demselben Lokal abhalten.

Wilhelmshaven, 29. Januar. Ueber die verhältnismäßig hohen Verpflegungskosten im Verfrachtenlande wird viel geklagt. Einem Besuch seitens des Vorstehers der Vertriebsanstalt der F. West um Herabminderung der Kosten soll nicht stattgegeben worden sein, da man erst über den finanziellen Stand der Anstalt seitens der Verwaltung nachzufragen muß. Recht seltsam nehmen sich daher die Redaktionen einiger Blätter über diese und ähnliche Einrichtungen an, welche als Zeichen der „Fürsorge“ für das leibliche und geistige Wohl der Arbeiter“ angesehen werden. Wir erkennen sicher den Werth derselben voll und ganz an, aber ein besonderes Gewicht, als daß man gewöhnlich bezügliche Einrichtungen hinworfeln sieht, wird von Arbeitern damit nicht gemacht; sie müssen die „Wohlthaten“ dieser Institutionen sehr anerkennen. **„Mit-Geppen“**, 29. Januar. Der Bürgerverein „Mit-Geppen“ wird zur Fütterung seines Stiftungskindes am Freitag, 3. Februar, ein Vergnügen im Dinerischen Saale veranstalten, bestehend aus Konzert, Gesangsbeiträgen und Ball. Da auch Freunde des Vereins die Theilnahme an dem Vergnügen erbeten ist, so wird der Besuch desselben ein sehr zahlreicher sein, daß er von Seiten des Vereins um das Geringste entrichtet.

Anzeigen.

Für Rechnung dessen, den es angeht, werde ich am Sonntag, den 4. Februar d. J. Nachmittags 2 Uhr anfangend, im Saalchen im Saale hierfeldt:

2 Kleiderchränke, 1 Küchenschrank, 1 zweifach. Bettstelle mit Matrasse, 6 ein- und zweifach. Bettstellen, 1 Sopha, 2 große und verschiedene kleinere Spiegel, 2 Regulatoren mit Schlag, 1 Wehnuhr, 1 silberne Tischuhr, 1 Unterbett, 1 Deckbett, 2 Federbetten, 2 Paar Morgenschuhe, 2 Paar Stiefeln, 1 Paar Handschuhe, 4 Paar Handschuhe, 1 Regenmantel, 2 Unterröcke, 1 Jacket, 1 seidener Rock, 1 Morgenrod, 6 Paar Strümpfe, 4 Bettlinder, 4 Bettbezüge, 8 Kopfkissenbezüge, 1 Paar Sammieliefel.

Öffentlich meistbietend auf übliche Zahlungsfrist verkaufen.

Heppens, 28. Januar 1888.
S. Weiners.

H. Krankenberg,
Belfort, Akerstraße.
empfehlst sein Lager in guten dauerhaften **Zohlen** u. allen **Schuhmacherartikeln** zu den billigsten Preisen.

Empfehle:
Arbeiter-Notiz-Kalender
à 50 Pfg.
Ein Blick in die „Neue Welt“
von W. Liebknecht.
Gleant gebunden 3 Mark.
Die „Neue Zeit“ 1887.
Gleant gebunden 8 Mk.
Die Expedition des Norddeutschen Volksblattes.
H. Kühn.

B. Bümmerstede,
Schuhmacher,
Wilhelmshaven, Börsenstrasse 10,
empfehlst sich zur Anfertigung aller **Schuhmacherarbeiten.**
Reparaturen prompt u. billig.
Mein compl. Sarglager

Sowie alle Arten **Leichenkleider** empfehle nebst sonstiger selbstverfertigter **Tischlerwaren**, als Schränke, Bettstellen u. s. w. billigt
J. Wehen, Seban.

Einladung zum Stiftungsfeste
des
Bürgervereins Heppens
Freitag, 3. Februar, Abends 8 Uhr
im Saale des Herrn C. Hinrichs
bestehend in
Concert, Gesangsvorträgen und Ball.
Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden und sind Karten à 1 Mk. bei den Mitgliedern zu haben.
Das Festkomitee.

Vorläufige Anzeige!
Hotel „Zum Banter Schlüssel“.
Am 8. Februar d. J.:
Grosser öffentlicher Masken-Ball.
Alles Nähere durch spätere Inserate.
Frau Wwe. Winter.

Wir empfehlen unser sehr feines
Lagerbier
in Flaschen 1/2 Etr. Inhalt 33 St. für Mk. 3,00,
in Gebinden von 10 Etr. Inhalt an à Etr. Mk. 0,20
frei ins Haus.
Wiederverkäufern gewähren entsprechenden Rabatt.
St. Johanni-Brauerei.
Contor Alte Straße 4.

Den Herren Restaurateuren Hug „Zur Arche“ und Schmidt „Zum Rathhaus“ haben wir den Verkauf unserer
ff. **Annus, Aracs, Punsch-Essenzen** und **Extracte**, sowie
Weine und **feine Liqueure**
übergeben und werden dieselben zu **Engros-Preisen** abgegeben.
Gebr. Mencke, Wilhelmshaven.
Wir empfehlen unser sehr feines **helles Lager-Bier**
in Flaschen 33 Stück für 3 Mk.,
in Fässern von 10—100 Liter 21 Mark frei ins Haus,
24 Flaschen Kaiserbräu 3 Mk., per Liter 25 Pfg.
Brauerei Frisia, Filiale Wilhelmshaven.

Die Uhrenhandlung
von
Aug. Frisse, Roonstrasse,
Wilhelmshaven,
empfehlst ihr reiches Lager von
goldenen und silbernen
Herren- u. Damen-Uhren
zu zivilen Preisen.
Reparaturen prompt und billig.
Lager fertiger
Särge
und Leichenbekleidungsgegenstände
empfehlst billigst **E. Thumann.**

Empfehle neben meinen reingehaltenen
Weiss u. Rothweinen
sowie meinen anerkannt guten
Medizinalweinen
einen ausgezeichneten
Samos
à Flasche 1,20 Mk.
P. Hug.
Eine ausgezeichnete
5 Pfg.-Cigarre
in 1/10 Kisten entsprechend billiger
empfehlst **D. D.**

Elegante Masken-Anzüge
verleiht sehr billig
Frau Gräbe, Pant,
Klosterstr. 9,
6. Schmiedestr. Markt.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag
H. Kühn in Sant.
Druck von A. Roedel & Co. in Bramschweig.